

Die Freiheit erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 2,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 1,50 M. Für Vorkauf nehmen sämtliche Buchhandlungen Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 1,50 M., für das übrige Ausland 2,50 M., einschließlich Saluraufschlag, per Brief für Deutschland und Österreich 2,- M. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E 2, Breite Straße 5-6.

Die achtspaltige Korporellzeile ober deren Raum kostet 1,- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,20 M. netto pro Zeile. Streifen-Beilage in Werz-Anzeigen: Das gesetzdrückte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 2030, 2645, 4616 4603, 4635, 4640, 4921.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Boulogne und London

Die Zusammenkunft in Boulogne

Die Bedingungen für Sowjetrußland — Die Ausführung des Kohlenabkommens mit Deutschland

Boulogne sur mer, 28. Juli. (Havas.)

Ueber die Zusammenkunft Lloyd Georges mit Millerand in Boulogne telephoniert der Sonderberichterstatter der „Agence Havas“:

Was die von der Sowjetregierung verlangte internationale Konferenz anlangt, so wird die britische Regierung im Einverständnis mit der französischen Regierung antworten, daß die Konferenz nur dann zusammentreten kann, wenn die Vorschläge im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung damit einverstanden sind, daß Polens Schicksal dabei diskutiert wird. Wenn die Moskauer Regierung diesen Vorschlag annimmt, wird Millerand über die weitere Behandlung der Angelegenheit befragt werden und die Bedingungen stellen, die er für notwendig erachtet, um die Sowjetregierungen anzuerkennen. Alle qualifizierten Vertreter Rußlands und der Randstaaten sollen an der Konferenz teilnehmen. Lloyd George hat sich der französischen Ansicht angeschlossen und alle Verhandlungen mit den Bolschewikern unterbrochen. Polen kann daher hoffen, nicht in direkten Verhandlungen mit Rußland erdrückt zu werden.

Eine weitere wichtige Entscheidung wurde in der Frage des Inkrafttretens des finanziellen Teiles des Uebereinkommens von Spaa über die Kohlenlieferungen Deutschlands auf die Anregung Marjals hin getroffen. Die Wiedergutmachungskommission wird beauftragt werden, die Ausführung des Uebereinkommens in jeder Hinsicht zu sichern. Sowohl was die Kohlenlieferungen, als auch was die von den in Betracht kommenden Mächten zu gewährenden Vorschüsse anlangt. Deutschland soll am 1. September 1920 der Wiedergutmachungskommission Schatzscheine im Werte von sechzig Millionen Goldmark mit dem Verfalltag des 1. Mai 1921 und einem jährlichen Zinssatz von sechs Prozent übergeben. Nach dem 1. September 1920 und je nach den erfolgten Kohlenlieferungen wird Deutschland ähnliche Schatzscheine nach Maßgabe der Vorschüsse übergeben. Die Vorschüsse werden natürlich den Lieferungen angepaßt werden. Die Wiedergutmachungskommission kann sich die diesen Schatzscheine entsprechenden Beträge durch Verkauf oder Flüssigmachung mit oder ohne Indollement an die interessierten alliierten Mächte verschaffen. Um den Betrag der zu gewährenden Vorschüsse rascher festzustellen, kann die Kommission provisorisch die Quote der monatlich an Deutschland zu gewährenden Vorschüsse unter Vorbehalt späterer Wertung auf vierzig Goldmark pro Tonne festsetzen. Auf diese Art würde sich der französische Schatz von den Deutschen auf Grund des Uebereinkommens zu gewährenden Vorschüssen durch eine einfache Bankoperation auf die Ware freil machen. Die französischen Kreise sind von dieser Lösung sehr befriedigt, die den von den französischen Vertretern vorgebrachten Wünschen entsprechen.

Rom, 27. Juli.

Zur Begegnung von Lloyd George und Millerand in Boulogne hebt die „Tribuna“ hervor, daß Italien bei dieser Besprechung nicht vertreten sei, und erklärt diese Tatsache damit, daß zwischen Lloyd George und Sforza hinsichtlich der Haltung gegenüber Rußland bereits Uebereinstimmung herrsche. Es handele sich nur noch darum, Millerand für die gleiche Auffassung zu gewinnen.

Die sichtlich offiziös inspirierte Äußerung der Agence Havas bedeutet einen nochmaligen Versuch der Entendiplomatie, auf dem Wege über die internationale Konferenz

einen starken Druck zugunsten Polens auf die Sowjetregierung auszuüben. In den jetzt aufgestellten „Bedingungen“ für die Zulassung Rußlands zur internationalen Konferenz ist der Einfluß der französischen Diplomatie und der hinter ihr stehenden russischen und polnischen reaktionären Kreise ersichtlich. Die Sache wird jetzt so dargestellt, als ob die Sowjetregierung eine internationale Konferenz verlange, während noch gestern Lloyd George im Unterhaus erklärte, die Sowjetregierung habe die englische Einladung zu einer Friedenskonferenz in London angenommen. Danach ist also die Initiative zur Abhaltung der Konferenz nicht von der Sowjetregierung, sondern von England ausgegangen, und es erscheint jetzt sehr merkwürdig, daß nachträglich an die Zulassung zur Konferenz Bedingungen geknüpft werden, die letzten Endes auf die Vereitelung der Friedenskonferenz hinauslaufen.

Die Sowjetregierung wird diese Machenschaften mit Ruhe entgegensehen können, denn sie hat ihren Willen zur Regelung in allen Ostfragen unter Beteiligung der interessierten Völker mehrfach offen kundgegeben. Sollte die jetzt angeregte Friedenskonferenz nicht stattfinden, so fällt die Verantwortung dafür der Diplomatie der Entente, insbesondere der französischen Diplomatie zu.

Für Sowjetrußland

Prag, 27. Juli.

Gestern fand hier eine große Kundgebung der sozialistischen Arbeiterschaft gegen die kriegerischen Absichten Englands und für den Frieden mit Sowjetrußland statt. In der von der Versammlung angenommenen Entschliessung wird die Regierung kategorisch aufgefordert, ohne Rücksicht auf die Entente mit der russischen proletarischen Republik in ein freundschaftliches Verhältnis zu treten. Zugleich wird erklärt, daß sich das Proletariat der schärfsten Mittel bedienen werde, um jede Unterstützung eines kriegerischen Einfallens zu verhindern.

Der englisch-russische Gefangenen austausch

U. London, 28. Juli.

Bonar Law teilte mit, daß Litwinoff telegraphisch die grausame Behandlung englischer Gefangener in Baku in Abrede stelle und die Heimsendung der russischen Gefangenen verlange. Die britische Regierung habe erwidert, sie wiederhole ihre Erklärung, daß britische Gefangene in Baku eine höchst menschenunwürdige Behandlung erfahren hätten und böte einen direkten Gefangenen austausch an. Die Sowjetregierung hat daraufhin die englischen Gefangenen heimgeschickt.

Die Beteiligung der Randstaaten an der Londoner Konferenz

BR. London, 28. Juli.

Wie verlautet, waren die Randstaaten bereits zur Londoner Konferenz eingeladen, als Lloyd George seinen ursprünglichen Vorschlag machte. Er erklärte, er werde darauf bestehen, daß die Randstaaten auf der Londoner Konferenz vertreten sein sollen. Tatsächlich hatte die Sowjetregierung diesen ursprünglichen Vorschlag angenommen unter gleichzeitiger Hinzufügung, daß auch führende Vertreter der Ententeinmächte sich an der Konferenz beteiligen sollten. „Daily Chronicle“ behauptet, Frankreich widersehe sich noch immer der Anerkennung Sowjetrußlands. Das Blatt fügt hinzu, daß Tischitscherin in England sehr schwierig mache, diese sehr erwünschte Pazifizierung der Welt zustande zu bringen, wenn er darauf bestehe, daß die Konferenz lediglich zwischen England und Rußland stattfinden.

(Siehe auch vierte Seite.)

Die Deutschnationalen greifen an

In der gestrigen Sitzung des Reichstages hat sich der Redner der Deutschnationalen, Professor Hoetich, mit den Ausführungen des Ministers und den Vereinbarungen von Spaa ausführlich beschäftigt. Er übte zwar heftige Kritik an den Regierungshandlungen, aber er vermied es doch, in den lobigen Ton zu verfallen, den man sonst von den deutschnationalen Rednern zu hören gewöhnt war. Was Herr Hoetich gestern versäumt hat, das holt die „Deutsche Tageszeitung“ heute nach. Das Blatt bezeichnet die Regierung als eine Unzulänglichkeit und sagt von Herrn Simons, daß er in gänzlicher innerer Unsicherheit hin und her schwankt und durch Interpretationen und Kommentierungen sein Leben fristen wolle. Dadurch bringe er sich rechts und links und allenthalben um jeglichen Kredit. Noch schlimmer erscheint dem Blatte das Verhalten des Reichsfinanzministers Fehrenbach. Es sagt, daß die Hilflosigkeit des derzeitigen Lenkers der deutschen Geschicke längst nichts mehr Rührendes habe, sie sei Katastrophe. Zum Schlusse heißt es in diesem Blatte:

Es muß schon gesagt werden: so wie in diesen Tagen gehen die Dinge nicht weiter. Eine solche Sorte Regierung erhält

der stärkste Staat nicht aus. Wir haben nun in peinlichster Offenlichkeit zwei Tage hintereinander den Außenminister sich um alle Reputation reden hören mit seiner Sucht, allen möglichen Dingen, die ihm im Grunde im gegebenen Zusammenhang nicht im mindesten zu kümmern brauchen, in blutigstem Dilettantismus zu Leibe zu gehen. Wir haben dieselben beiden Tage den Herrn Reichsfinanzminister in der Rolle des Greises auf dem Dache auch noch stolz posieren sehen. Wir wagen nicht, aus vorzumalen, was der dritte Tag dieser Spaa-Debatte an Unfähigkeitbeweisen dieser Regierung etwa noch fördern könnte. Die Kritik ist nicht mehr imstande, mit der Feder der Suabe von der Ministerbank zu folgen. So viel Unzulänglichkeit gegenüber muß auch sie sich als unzulänglich erweisen. Das wäre dann der erste Sieg, den diese Regierung errungen hat.

In den anderen Blättern der Deutschnationalen verfährt man mit der Regierung noch etwas sanftlicher. Dort gibt man sich so halbwegs damit zufrieden, daß Herr Dr. Simons sich mit seinen gestrigen Erklärungen wieder in den Kreis der guten bürgerlichen Gesellschaft zurückgefunden hat. Ob die Deutschnationalen sich der scharfen Tonart ihres agrarischen Organs angeschlossen und damit zum Angriff gegen die Regierung vorgehen oder sich damit begnügen werden, gegen das Vertrauensvotum zu stimmen bleibt abzuwarten.

Die Taktik der Schwäche

Die Frage der Einhaltung des Kohlenabkommens von Spaa ist eine Frage der Arbeit. Daß sie letzten Endes nicht an den Tischen der Diplomaten, sondern in den Schächten des Ruhrbeckens entschieden wird, hat Hue in Spaa und bei späteren Gelegenheiten mit Recht betont. Die Bergleute indes, geführt von demselben Hue, haben am Sonntag in Essen die Entscheidung aus der Hand gegeben. Wir haben mehrfach davor gewarnt, daß die Bergleute sich durch die Reden der schlimmsten Feinde der Nation über „nationale Pflichten“ ablenken lassen von ihren Pflichten gegenüber der Arbeiterklasse. Wir stellen zu unserem Bedauern fest, daß die Bergleute in Essen nicht im Interesse der Arbeiterklasse, das identisch ist mit dem Interesse des deutschen Volkes, gehandelt haben.

Auf der Konferenz in Essen sind Reden gehalten worden, die beweisen, daß das Blendwerk eines schließlichen, nach Prozenten rechnenden Nationalismus den Blick der Knappen allzusehr getrübt hat. Es sind Beschlüsse gefaßt worden, die einen trefflichen Klang haben, aber Beschlüsse bleiben werden. Hue war klug genug, am Tage vorher gegen die Resolution des Reichswirtschaftsrats zu stimmen, weil die Formulierung der Sozialisierungsforderung in dieser Entscheidung zu schlapp und vieldeutig war. Er konnte also in Essen die Sozialisierung „energisch fordern“ und es ruhig mit ansehen, daß eine weit radikalere Resolution zum gleichen Thema Annahme fand. Er hatte das, was man eine gute Position nennt. Als der Antrag gestellt wurde, das Ueberschichtenabkommen zu kündigen, wandte sich Hue — mit anderen — scharf dagegen und setzte es durch, daß der Antrag einer „besonderen Kommission“ überwiesen wurde. Dank der guten Position.

Damit ist die Position der Bergleute und damit der Arbeiterklasse in die denkbar schlechteste verwandelt worden. Es gab nur einen Weg: die organisierten Knappen des alten Verbandes, die stärkste Macht im Bergbau, eine gewaltige Macht in Deutschland, mußten unzweideutig zu erkennen geben, daß sie die Einwilligung in eine Fortsetzung des Ueberschichtenabkommens abhängig machen werden von der Anbahnung der Sozialisierung, zum mindesten durch die sofortige Bildung von Juchentäten mit gesetzlich garantierter Fortugnis zu entscheidendem Einfluß auf die Betriebsgestaltung und mit dem Recht, Förderung, Verteilung und Preisgestaltung der Kohle zu übernehmen. Nur so wäre auch die weitere Fortsetzung der Konferenz nach Verbesserung der Betriebstechnik durchzuführen. Anders steht auch sie auf dem Papier.

Das Ueberschichtenabkommen war der springende Punkt. Indem die Bergleute diesen Posten preisgegeben haben, haben sie ihren Trumpf aus der Hand gegeben. Die bürgerliche Presse trieft von Wohlwollen — ein verdächtiges und zugleich mahnendes Symptom.

Die Frage der Ueberschichten im Bergbau ist keine Angelegenheit einer „besonderen Kommission“. Sie ist nicht einmal eine Angelegenheit der Arbeiter und Angehörigen im Bergbau allein, sondern Sache der Arbeiterklasse. Bald nach Spaa ist von Diplomaten und sonstigen Interessenten bei Lobliedern auf die Tüchtigkeit der Bergarbeiter betont worden, daß die gleichen „patriotischen Opfer“ auch von anderen Arbeiterkategorien gefordert werden müßten. So von den Eisenbahnern und von den Angestellten und Arbeitern des gesamten Transportgewerbes. Und noch weitere Kreise dürften die Frage ziehen. Der Deutsche Eisenbahnerverband hat denn auch bereits zu der Angelegenheit Stellung genommen und seine Meinung dazu fixiert. Auch er aber begnügt sich mit der patriotisch gemütvollen Erklärung seiner Treue und Biederkeit. Der erweiterte Vorstand nahm eine Entschliessung an, in der es heißt:

Der Deutsche Eisenbahnerverband wird in voller Solidarität mit den Bergarbeitern und den Transportarbeitern bestrebt sein, die in Spaa unter äußerstem Druck von den deutschen Unterhändlern eingegangenen Verpflichtungen nach Möglichkeit zu erfüllen. Die Erfüllung der Verpflichtungen kann nur ermöglicht werden durch verständnisvolles Entgegenkommen der Ententeregierungen, während jede Gewaltmaßnahme das Gegenteil bewirken wird. Nicht im Interesse des Wiederaufbaus des europäischen Wirtschaftslebens liegen auch die Lösungsbestrebungen, die in gewissen kapitalistischen Kreisen propagiert werden. Deshalb würde der Deutsche Eisenbahnerverband im gegebenen Falle seine ganze organisatorische Macht solchen Bestrebungen entgegenstellen.

Nicht nur von „verständnisvollem Entgegenkommen der Ententeregierungen“, sondern von der Gewährung von Rechten für die deutsche Arbeiterklasse, von einem Triumph des Proletariats über die in Staat und Wirtschaft in Deutschland herrschenden Mächte sollte die Erfüllung der Verpflichtungen abhängen.

It die Entschliessung des Eisenbahnvorstandes an sich schon schwach und völlig wirkungslos, so wird die Schwäche der Position der Arbeiterklasse weiter gesteigert durch die Verteilung der Kräfte, die darin besteht, daß die beteiligten Arbeitsgruppen getrennt auftraten, die Bergarbeiter heute, die Eisenbahner morgen. Wir brauchen dringend den Dreieund der englischen Gewerkschaftsbewegung, das mächtige Bündnis der Bergleute, Eisenbahner und Transportarbeiter aller Verkehrswege. Und nicht nur den Dreieund der Vorstände und der „besonderen Kommissionen“, son-

Aufmarsch der Massen

Ost und West

Die von unserer Partei zu gestern abend einberufenen Versammlungen gestalteten sich zu einer Massenkundgebung des Berliner Proletariats. Während im Reichstage noch geredet wurde, erhob die Arbeiterkraft der Hauptstadt ihre Stimme im gewaltigen Chor. Sie gab zu erkennen, daß sie die Schlangenswindungen der Diplomatie durchschaut hat, daß sie die strikte Durchführung der Neutralität gegenüber Sowjet-Rußland einmütig fordert. Die Arbeiterkraft ist bereit, über die Neutralität zu wachsen und die Kraft ihrer Masse einzusetzen gegen die geringste Abweichung von der neutralen Linie. Alle Versammlungsfälle waren dicht besetzt und alle Redner ernteten stürmische Zustimmung. Ein einigster Wille und das Bewußtsein der Macht sprach aus der Haltung der Massen.

Die uns bisher zugegangenen Berichte lassen wir nachstehend folgen.

In der Brauerei Köpcke referierte vor völlig überfülltem Saal und Gallerien (ca. 2000 Personen waren anwesend) Genosse Rosenfeld

Heute hat sich gezeigt, daß der Minister Simons nicht der weiße Hase ist, als der er gestern in die Erscheinung getreten ist. Die Verhandlungen im Reichstage hatten einen wesentlichen anderen Inhalt als die Verhandlungen im Reichswirtschaftsrat, jener Körperschaft, die nicht das Mandat der Bevölkerung besitzt und in welcher nicht einmal die größte Gewerkschaft, der deutsche Metallarbeiterverband vertreten ist. Die Beratungen fanden unter dem Eindruck der Rede Simons. Die Presse der Rechtsparteien ließ Sturm gegen die Rede des Außenministers, namentlich aber gegen seine Redewendung über Sowjet-Rußland. Simons hat sich alle Mühe gegeben, das Vertrauen der Regierungspartei wiederzugewinnen.

In der Entwaffnungsfrage hat die deutsche Regierung nichts getan. Alle Versuche, die militärischen Formationen aufzulösen, sind kläglich gescheitert. Man verwandte die Einwohnerwehren in Regiments und andere anscheinend harmlose Vereinigungen. Der Minister Severing hat den Mut gehabt, der Wahrheit entgegen zu erklären, daß die Sicherheitswehr keinen militärischen Zweck diene. Ueber die Reichswehr ist in diesem Zusammenhang kein Wort zu verlieren. Redner erinnert an die täglichen Verfassungsverletzungen der „Freiheit“, weist auf den berichtigten Hauptmann v. Weyher und auf die Leutnants im Strakenkamp der bayrischen Reichswehr hin. Es bedurfte angelegentlich der Tatsache, daß seine Ab- sondern Aufstellung durchgeführt wurde, erst des ganzen Drucks der Entente, die deutsche Regierung zur Nachgiebigkeit in der Entwaffnungsfrage zu zwingen.

In der Kohlenfrage war es Herr Sinnes, der Millionen vor dem Kriege durch Lieferungen an das Ausland verdiente, der durch aggressive Auftreten die Verhandlungen zum Scheitern bringen wollte. Vorläufig muß der Friedensvertrag nach Möglichkeit erfüllt werden. Wir wissen, welche Folgen eine Bezeichnung des Kohlenbedarfs, nach französischen Wünschen, haben würde. Aber auch hier wird die Zeit Nöckerung schaffen.

Redner kreist nunmehr

die Lage im Osten.

Die Regierung hat die Neutralität erklärt. Heute hat Simons mitgeteilt, daß die Allierten fordern, daß Munitionstransporte durchgelassen werden. In Marburg ist ein solcher Transport angehalten und zurückgeschickt worden. Aber das genügt nicht; die Arbeiterkraft hat die Augen offen zu halten. Sie ist derjenige Faktor, der gegebenenfalls durch Arbeitsverweigerung dafür zu sorgen hat, daß keine Maßnahmen getroffen werden, die unseren russischen Genossen zum Schaden gereichen. Darüber hinaus aber fordern wir mit allem Nachdruck die Aufnahme englischer Beziehungen zur Sowjet-Regierung.

Es gibt aber, trotz der Neutralitätserklärung der Regierung, Erscheinungen, die nachdenklich stimmen müssen. Redner geht näher auf die Grenzverletzungen im Osten ein und schießt gerade deshalb Zusammenfassungen mit der Sowjetarmee. — Ganz der Außenminister am Tage vorher Worte wärmster Anerkennung für die Sowjetregierung, so residierte er heute bereits seine Auffassung, wenn er der Sowjetregierung, der Räteidee ein nahe Ende prophezeit. Unter stürmischer Heiterkeit zitierte Rosenfeld die Äußerung Simons, daß nach dessen Meinung die Idee des Sozialismus Zusammenarbeit zwischen Arbeit und Unternehmertum bedeute.

Genosse Rosenfeld schloß sein Referat unter stürmischem Beifall mit dem Hinweis, daß keine höhere Gewalt die Arbeiterkraft aus ihren drückenden Fesseln erlösen kann. Allerdings wird eines Tages auch Versailles und Spaa wie ein böser Spuk hinweggefegt werden; aber nicht durch ein „junges Gericht“ nach Fehrenbachs Hoffnung, sondern durch die Kraft des internationalen Sozialismus.

Genosse Herzfeld

führte vor überfülltem Saal des Gesellschaftshauses, Wickestraße, aus, daß für uns die Spaa-Konferenz nur insofern Bedeutung habe, als sie auch von Bedeutung für die Entwicklung des Proletariats sei.

Die bürgerlichen Klassen sind verantwortlich für den Krieg. Sie ernteten in Spaa nur das, was sie gesät haben, sie haben in Bukarest und Brest-Litowsk gezeigt, wie man besiegte Völker mißhandelt. Aber auch die Rechtssozialisten haben die Massen 5 Jahre lang im Kriegszustand gehalten, sie haben den Schandfrieden von Brest-Litowsk nicht beurteilt und den Bukarester Frieden gebilligt.

Das Hauptergebnis der Konferenz ist die Entwaffnung des deutschen Volkes, das heißt, die Entwaffnung des Proletariats, denn an die Kapitalisten, die Zeitfreiwilligen und die Einwohnerwehren wird sich niemand heranwagen. Simons hat sogar in Spaa die „Feinde“ gebeten, uns bei der Niederzwingung der Arbeiterkraft zu helfen.

Wir haben schon eine Entwaffnung unter Roste in den Märztagen 1919 erlebt, sie war nicht eine Entwaffnung des Volkes, sondern nur eine Bewaffnung der reaktionären Schichten des Volkes.

Die Frage der Kriegsschuldigen ist in Spaa und auch im Reichstag fast übergangen worden. Dagegen sind die Gefängnisse in Deutschland brechend voll von Tausenden, ja Zehntausenden von deutschen Proletariats, die während der Revolution und während des Rapp-Putsch die Revolution und die Republik verteidigt haben, brechend voll von „Kriegsschuldigen“ Proletariats, deren ganze Schuld nur im Kampf gegen Krieg und Kriegsschuldigen bestand.

Zur Kohlenfrage weist der Redner nach, daß die Zehntausende gerade während der Revolution ungeheures Verdienste gemacht haben, besonders durch die Verkäufe zu Auslandspreisen. Das aber ist der große Schmerz von Sinnes und Konsorten, daß sie an die Entente zu billigen Preisen liefern sollen, denn dadurch gehen ihnen ihre Wüchergewinne verloren. So hätten diese Elemente auch eine Bezeichnung des Ruhrgebietes durch die Franzosen nicht ungern gesehen.

Im Osten hat Rußland endgültig gesiegt und seine Macht ist härter denn je. Unser ganzes Augenmerk muß auf die wirkliche Neutralität gegen Rußland gerichtet sein, wie das ja in der Tat in Dresden, in Halle und Marburg geschehen ist.

Wenn aber nun das Proletariat gezeigt hat, daß es im Stande ist, Kriege zu verhindern, wenn es das Bewußtsein der Arbeiterkraft schliegen ist, dann hat die Spaa-Konferenz auch viel Gutes für den internationalen Sieg des Proletariats gebracht. Die Ausführungen des Genossen Herzfeld fanden starken Beifall. Als erster Diskussionsredner sprach Genosse Dr. Moses, der betonte, daß trotz der „Neutralität“ die deutsche Arbeiterkraft mit

Begeisterung den Siegen der russischen Arbeiter folgt. Redner schildert dann das entsetzliche Elend der Bergarbeiterkraft und glaubt, daß auch die „Rüstung“ der Ruhrarbeiter nicht imstande sein wird, die Stimmung der durch die Roste-Politik und die Lehren des Rapp-Putsch aufs äußerste erbitterten Bergarbeiter zu bessern.

In den Prachsfällen, Am Treptower Park, referierte

Genosse Geier

vor begeistert Menge. Die Interessen der Bourgeoisie aller Länder gegen die Arbeiterkraft war die erste Bestimmung der Besprechung in Spaa. Die deutschen Kapitalisten wurden zu Zwischenschlichtern des Entente-Kapitalismus, zur weiteren Ausbeutung der deutschen Arbeiterkraft. Auf den Rapp-Putsch hinweisend, meinte der Redner, daß dieser der Entente gezeigt habe, daß nicht die zuständigen 150 000, sondern rund 1 Million Mann zur Verfügung standen. Die deutschen Vertreter sind nicht mit der Absicht nach Spaa gegangen, die Entwaffnungsfrage zu lösen, sondern um die Beibehaltung der augenblicklichen Stärke zu sehen. Sinnes war es vollkommen gleichgültig, ob für Deutschland die wirtschaftliche Einheit erhalten blieb oder nicht. Wichtig war allein das Objekt der Ausbeutung, ob unter französischer oder deutscher Herrschaft in Lebensache. Fest steht die Tatsache, daß nur die deutsche Arbeiterkraft es ist, auf dessen Rücken die Last des Kohlenabkommens abgeladen wird. Ferner verurteilte die deutschen Unternehmer den schon längst gehegten Plan, die Beseitigung des 8-Stundentages in Spaa zu erreichen, alles unter dem Desmantel der Ertragsverteilung.

Auf die Fragen des Ostens kommend, wies der Redner darauf hin, daß wohl selten ein Krieg gesehert gesehert habe, als der zwischen den von der Entente gebundenen Polen und Rußland. England hätte keinen Grund anzuinteressieren, dieses wäre zu Beginn der Feindseligkeiten am Plage gewesen. Die Neutralitätserklärung Deutschlands kann nicht als Freundschaftsakt aufgefaßt werden. Sie erfolgte gleichzeitig mit der Bitte an die Entente, starke militärische Formationen nach dem Osten Deutschlands werfen zu dürfen und gibt nach Bewilligung dieser Bitte der deutschen Regierung Gelegenheit, ihre „altbewährten“ reaktionären Freikorps und Bataillone unterzubringen. Der Redner kritisierte die Haltung Simons im Reichstag. Die Reden Simons waren weiter nichts als die Kopien der Theorien Lloyd Georges, Vertretung der Interessen der Großindustrie in Reinkultur. — Bat er gestern um die Popularität der inoffiziellen Massen, so wies er heute kniefällig bei der reaktionären Clique um Berggebung. Die deutsche Arbeiterkraft hat die Niedertrampfung des „Sinnessozialismus“ aufzunehmen und ihre brüderliche Genossenschaft durch die aktive Tat in Sowjet-Rußland zu beweisen, bis zur Wächtergreifung der Arbeiterkraft der ganzen Welt. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion bewegte sich lediglich in der ausführlichen Erörterung einzelner Punkte des Vortrages.

Der riesige Saal in der Bleichhöfstraße war von Versammlungsbesuchern dicht gefüllt, als die Genossin

Mathilde Warm

mit ihrem Vortrag begann. Sie führte aus:

Spaa und Moskau sind die beiden Orte, auf die sich die Augen der ganzen Welt jetzt richten. In Spaa fanden sich noch einmal die Vertreter der Kapitalisten zusammen. In Moskau sind die Vertreter des revolutionären Proletariats versammelt. Zwei Weltanschauungen stehen sich auf diesen beiden Konferenzen gegenüber. Die Kapitalisten, die sich über die Verhandlung in Versailles und Spaa entrüsten, haben in Brest-Litowsk das Beispiel für beratige Friedensverhandlungen gegeben. Derselbe Herr Sinnes, der noch im Jahre 1916 Heereslieferant für die Entente war, hat als Vertrauensmann der deutschen Regierung in Spaa den Verhandlungen beigewohnt. Die Bewilligung von 100 000 Mann Reichswehr, 10 000 Mann Marine und 70 000 Mann Sicherheitswehr werden die Wiederkehr der Revolution nicht verhindern. Immer wiederhole die Regierung, daß sie nicht die Macht habe, die Entwaffnung durchzuführen. Wohl sei man gegen die Arbeiterkraft mit den brutalsten Mitteln vorgegangen, aber gegen die Rechtspolitiken wage man ein derartiges Vorgehen nicht. Die deutsche Regierung hat sich in Spaa nicht entblödet, auf eine Bemerkung Lloyd Georges, daß 1871 die Kommune in Paris mit Hilfe der deutschen Soldateska niedergeschlagen sei, die Frage an die Entente zu richten, ob Deutschland in gleicher Lage auf die Solidarität der Entente rechnen könne.

Die heutige Rede des Ministers Simons im Reichstage war ein gewaltiger Rückzug gegenüber seiner früheren. In seiner heutigen Rede führte Minister Simons aus, daß die Arbeitergemeinschaft zwischen Arbeitern und Unternehmern aus den Frieden bringen würde. Die Arbeiterkraft habe aber an dem Zugfrieden gesehen, wohin die Ueberbrückung der Klassengegenstände während des Krieges führe. In den Tagen des Rapp-Putsch ist von Leuten und Genossen die Forderung aufgestellt worden, daß die Ordnung durch organisierte Arbeiter aufrecht erhalten werden solle. Jetzt sei es an der Zeit, diese Forderungen in die Tat umzusetzen. Es muß verlangt werden, daß die 70 000 Mann Sicherheitswehr aus den Reihen der organisierten Arbeiter entnommen werden.

Die Abmachung von Spaa bedeute gegenüber dem Vertrag von Versailles einen Fortschritt. Die Regierung habe zugeben müssen, daß ungeheure Mengen von Kohlen ins Ausland verschoben werden. Herr Sinnes hat im Einverständnis mit der gesamten Unternehmerrchaft die Aufhebung des Achtstundentages gefordert. Gegenüber diesem Versuch würde die Arbeiterkraft in ihrer Gesamtheit Einspruch erheben. Hervorgehoben werden muß es noch, daß Herr Sinnes im Verein mit Herren Lubendorff und Hindenburg nach der deutschen Niederlage 200 französische Gruben zerstört und dadurch dazu beigetragen habe, daß uns heute solche Lasten auferlegt werden.

Simons hat sich in der Behandlung der russischen Frage angelehnt an seinen rechtssozialistischen Vorgänger unterschieden. Gegenüber dem Verlangen Ungarns nach Auslieferung Bela Kshuns würde sich die gesamte Arbeiterkraft erheben.

Auf dem zweiten Kongress der dritten Internationalen als ist das Proletariat der gesamten Welt vertreten. Dort wird man die Mittel und Wege für eine gemeinsame Aktion des revolutionären Proletariats aller Länder finden. Die Eroberung der politischen Macht führt über die Diktatur des Proletariats. Nicht slavische Nachahmung, was in Rußland geschah, aber mit weiser Energie wollen wir unser Ziel erringen.

Im Volkshaus Charlottenburg referierte vor etwa 1200

Besammlern

Genosse Richard Müller

unter lebhafter Zustimmung. Er brandmarkte in trefflichen Ausführungen alle kapitalistischen Tendenzen welche Spaa zeitigte und in Anbetracht der Lage im Osten appellierte er an die Wachsamkeit der Arbeiter.

An Stelle des verhinderten Genossen Breitfeld referierte in einer überaus stark besuchten Versammlung in der „Neuen Welt“

Genosse Emil Barth

Er unterzog die Vertreter Deutschlands in Spaa einer scharfen Kritik, und bedauerte, daß nicht vor der Konferenz ein Vertretersitzkongress Deutschlands hätte tagen können, der den Willen des deutschen Proletariats fundieren konnte. Er forderte, daß die für die Wiedergutmachung zu zahlenden Beiträge durch Erfassung der ins Ausland verschleppten ungeheuren Summen gedeckt werden sollten. Dann sprach er sich für einen schleunigen Anschluß an Rußland aus, dem wir durch Entsendung qualifizierter Arbeiter und Techniker helfen müßten, das Wirtschaftsleben wieder aufzubauen.

Beamtenfragen

Bei der Erörterung des Kabinetts zum Reichspostministerium kam es in der Sitzung vom 27. Juli zu recht lebhaften Zusammenstößen zwischen der Sprecherin der Vertretung der U. S. P. D. Fraktion und den übrigen Parteien. Wie immer, wenn es sich um Beamtenbesoldungsfragen handelt, mußten die schlechten Finanzverhältnisse des Reiches dazu herhalten, die jetzige Beamtenfeindschaft der Rechtsparteien jähvoll zu verhalten. Die Vertreter der Fraktion der Unabhängigen stellten folgenden Antrag:

Der Haushaltsausschuß wolle beschließen:
Die berechtigten Forderungen der Beamten, die bei der Einreihung in die Gehaltsklassen benachteiligt wurden, die Gleichstellung der Zivil- und Militärbeamten und der Ausgleich zwischen der Besoldungsordnung des Reiches und der Länder werden Berücksichtigung finden in der bis zu diesem Herbst fertig zu stellenden Einstufung in die Gehaltsklassen der Reichsbesoldungsordnung. Bis zur endgültigen Regelung sind den Beamten Vorschüsse zu gewähren. Die Summen für die tariflich vereinbarten Löhne sind sofort bereitzustellen!

Genossin Zieg begründete eingehend den Antrag und brachte alle Klagen der Beamten über die vielen Benachteiligungen, die ihnen bei der Einstufung widerfahren sind, zur Sprache, bezog sich auf die Degradierung der schon im Amte befindlichen Militärbeamten gegenüber den Zivilbeamten, die die gleichen Funktionen ausüben haben. Sie forderte schließlich, daß bei der Beseitigung der Ungleichheiten in den Besoldungsordnungen die bayerische Besoldungsordnung zur Grundlage genommen werde. Die Erregung und Unzufriedenheit unter den Beamten sei groß, wolle man ihre Arbeitsfreudigkeit heben, müsse man dem Antrag der Unabhängigen Fraktion zustimmen. Andernfalls seien die Darlegungen der Parteivertreter nichts als Worte, denen keine Taten folgten. Es sei nicht unsere Aufgabe, die finanzielle Deckung für diese Ausgaben zu schaffen. Wenn die Verwaltung der Behörden die Tarifverhandlungen mit den Organisationen beendet habe, ohne die finanziellen Mittel bereitzustellen und nun Schwierigkeiten machen, wie gezahlt werden soll, so sei das eine Unrechtheit sondergleichen, welche Saks. Bereits einmal hätten wir zudem betont, man solle die 34 Millionen der Druschprämie sparen, die Soldaten abschaffen und die Bergwerke sozialisieren! Trotz der Begründung durch Genossin Zieg und der mehr als eigenwilligen Gehaltsföhrung des Ausschussvorsitzenden wurde der Antrag der U. S. P. D. abgelehnt, und nachschiebende, von allen anderen Parteien einschließend der S. P. D. eingebrachte Entschließung angenommen.

Der Reichstag ist damit einverstanden, daß die sich aus dem Abschluß des Reichslohnarfs für die Reichsarbeiter und die Höherstellung der Reichsverkehrsbeamten ergebenden Aufwendungen gemacht werden, unbeschadet der nachträglich einzuholenden Genehmigung der Staatsüberbreitung durch den Reichstag.

Die Beamten wissen nun, wer in Wahrheit sich für ihre Interessen einsetzt und wer sie verrät.

Die Unlock-Bande

Ueber die bereits mitgeteilte Verhaftung von Angehörigen des Frei(Krüder)korps Unlock wird der „Breslauer Volkswacht“ noch mitgeteilt:

Unter den denkbar schmerzhaften Umständen ist es Breslauer Kriminalbeamten gelungen, auf dem Truppenübungsplatz Zeithain in Sachsen den größten Teil der aus den März-Putschtagen berüchtigten Verbrecher zu verhaften. Es wurden hinter Schloß und Riegel gebracht; Leutnant v. Jordan, der im Generalkommando mit der Sicherheitspolizei Schwarze Lipen ausstufte, Arbeiter- und Gemeindeführer verhafteten und mißhandelten sich, Leutnant Kittas und Leutnant Zeuner.

Ferner der Tambourmajor Offiziersleutnant Waller, die Spielleute Bisrup und Breika, die wie die Besten in der Festerkammer des Generalkommandos auf Anweisung ihres Rührhauptmanns Unlock hantierten. Gegen die Leute waren bereits militärische Schutzhaftbefehle erlassen, um sie der Verhaftung zu entziehen.

Wie uns aus Berlin mitgeteilt wird, wurden bei Oberleutnant v. Unlock bei seiner Verhaftung 39 000 Mark gefunden. Da er dienstliche Gelder nicht bei sich haben durfte, kann es sich nur um Gelder handeln, die ihm die Reaktion in die Tasche gesteckt hat. Bei seiner Verhaftung in Berlin hat sich Unlock auf Hauptmann Moser im Reichswehrministerium berufen, denselben Herrn, der ohnmächtig im Generalkommando zusah, wie die Volkswacht-Druckerei in die Luft gesprengt wurde.

Nach einer Meldung aus Breslau ist Oberleutnant von Unlock am Montag aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Vorgeschiehter Grund: ein Lungenleiden, das seiner Haft nicht zuträglich ist! Als Unlock im März den Genossen Schottländer und sieben weitere Breslauer Arbeiter ermordeten ließ, war seine Lunge noch gut in Takt. Die Erregung der Breslauer Arbeiterkraft ist groß.

Eine neue Schwindelgeschichte

Wieder ein W. T. S. Skandal

Durch das Woffische Bureau ist gestern abend eine neue Spitzelgeschichte verbreitet worden, die in der „Magdeburgerischen Zeitung“ zum Abdruck gebracht war. Es heißt darin, daß am 17. Juli in Remel zwischen dem Abgeordneten der Sowjetregierung Joffe, dem Vorsitzenden der U. S. P. D. Hifferding und Dr. Levl ein Abkommen abgeschlossen worden sei, wonach nach Ueberbreitung der Grenze durch die Sowjetrussen, sofort die bolschewistische Republik ausgerufen werden solle. Es werden dann noch Einzelheiten über die Ausführung dieses Abkommens mitgeteilt.

Es lohnt nicht, auf dieses dumme Nachwort einzugehen. Wenn die „Magdeburgerische Zeitung“ nur die geringste Kenntnis von den Parteiverhältnissen hätte, so müßte sie wissen, daß Genosse Hifferding nicht Vorsitzender der U. S. P. D. ist. Außerdem halten sich sowohl Hifferding wie Dr. Levl schon seit länger als vierzehn Tagen außerhalb Deutschlands auf, so daß sie am 17. Juli gar nicht in Remel gewesen sein konnten.

Daß auch die Berliner bürgerliche Presse diese Nachricht ohne weiteres wiedergibt, kann man bei der in ihren Redaktionen herrschenden Unfähigkeit durchaus verstehen. Die rechtsstehenden Blätter begleiten dieses Spitzelwerk sogar noch mit Kommentaren. Unerhört aber ist es, daß das Woffische Bureau seinen Apparat zur Verbreitung dieser Schauermärz benutzt. Wie lange soll der Skandal noch dauern, daß das offizielle Nachrichtenbureau aus jeden Schwindel hineinläßt und sich offen in den Dienst der gegenrevolutionären Propaganda stellt?

Die Reaktion in Holland. Wie das holländische Korrespondenzbüro meldet, hat die Erste Kammer mit 35 gegen 5 Stimmen das Gesetz gegen revolutionäre Umtriebe angenommen.

Internationale Konferenz. Wie das WTB meldet, tritt am 2. August in Paris die Internationale Donaukonferenz zusammen, welche die Aufgabe hat, gemäß Artikel 340 des Friedensvertrages die Donauordnung zu schaffen.

Die beteiligten Mächte werden bevollmächtigte Vertreter zu dieser Konferenz entsenden. Deutschland ist aufgefordert worden, sich gleichfalls entsenden zu lassen.

Dem deutschen Bevollmächtigten ist der außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Dr. Seeliger ernannt worden. Außerdem werden Vertreter des Reichsverkehrsministeriums, der bayerischen Regierung, der württembergischen Regierung und der Schiffahrtsdirektoren als beigeordnete Delegierte und Sachverständige an den Verhandlungen teilnehmen.

